



Bildungspapier Junge CVP Schweiz
Delegiertenversammlung
14. Oktober 2017, Bern

Starke Bildung für eine starke Schweiz

«Wenn du denkst, Bildung ist zu teuer, versuche es mit Dummheit.»

Derek Bok, US-amerikanischer Jurist, Pädagoge und ehemaliger Präsident der Harvard-Universität

Bildung ist der Grundpfeiler einer erfolgreichen Schweiz. Die Junge CVP Schweiz fordert deshalb eine ganzheitliche und qualitativ hochstehende Ausbildung, um auch künftig im internationalen Wettbewerb eine führende Rolle einzunehmen. Bildung soll allen, unabhängig von ihrer sozialen und regionalen Herkunft, frei zugänglich sein und folglich dieselben Startchancen ermöglichen.

Bildung ist ein Zusammenspiel zwischen Schülern, Eltern, Bildungsinstitutionen, Öffentlicher Hand und Wirtschaft. Es ist wichtig, dass Eltern konstruktiv zur Mitarbeit beitragen und dem Lehrerberuf Wertschätzung entgegengebracht wird. Dabei ist nicht nur eine gute Bildung für Schülerinnen und Schüler wichtig, sondern auch diejenige der Lehrpersonen.

Zu guter Letzt: Bildung darf kein Spielball der Politik sein, dafür aber eine Stütze unserer Demokratie.

Nachfolgend ist von der Primarschule die Rede, welche namentlich auch die Grundschule und Realschule umfasst bzw. die 1. bis 6. Regelklasse.



Die ersten und wichtigsten Schritte im Leben: Die obligatorische Schulzeit

Die ersten Lebensjahre sind für die Entwicklung des Menschen besonders wichtig. Deshalb braucht es eine starke Primarschule sowie obligatorische Schulzeit als Grundlage unseres erfolgreichen Bildungssystems.

Wir fordern:

- Dass die Eltern beziehungsweise erziehungsberechtigten Personen für die Erziehung verantwortlich sind. Die Erziehung ist durch die Politik nur bedingt beeinflussbar. Wir fordern die Verankerung dieses Grundsatzes im Volksschulgesetz.
- Die Schule hat einen Bildungs- und nur bedingt einen Erziehungsauftrag. Schülerinnen und Schüler, aber auch Eltern, die sich nicht an Regeln halten, sollen wo nötig sanktioniert werden. Sind diese Sanktionen nicht ausreichend, fordern wir als Ultima Ratio finanzielle Bussen für Eltern. Ein angemessener Betrag wird von der jeweiligen Behörde festgelegt.
- In den ersten zwei Unterrichtsjahren sollen Schülerinnen und Schüler mit Kompetenzrastern beurteilt werden. Diese sollen in der restlichen Primarschulzeit weitergeführt werden. Die Einführung der Schulnoten soll erst ab dem 3. Schuljahr erfolgen.
- Bildungswegs- und Berufsorientierung müssen ein fester Bestandteil der schulischen Laufbahn sein.
- Die Schülerinnen und Schüler sollten eine praxisnahe Ausbildung in der Sekundarstufe I erhalten. Dabei soll der Unterricht interaktiv und mit Beispielen aus der Praxis gestaltet sein. In diesem Sinn sind Praktika in Firmen zu unterstützen. Zudem ist ein praxisorientierter Staatskundeunterricht für die politische Partizipation zielführend und wichtig.
- Die Schulen sollen und können sparen. Wir fordern die Kantone auf, die Kosten nicht von der Kantons- auf die Gemeindeebene zu verschieben.



- Alle haben dieselben Rechte und Pflichten. Die hiesigen Sitten und Bräuche müssen zwingend eingehalten werden. Es gilt weiter, dass in öffentlich-rechtlichen Schulen im Unterricht und bei allen Aktivitäten die Regeln von Anstand und Respekt eingehalten werden müssen.

Die Berufsbildung

Die Berufsbildung ist ein Erfolgsmodell und hat sich bewährt. Für unsere KMU ist sie von grundlegender Bedeutung. Mit Sorge beobachten wir, dass die schleichende Akademisierung die Berufslehre bedrängt. Deshalb fordern wir eine Aufwertung der Lehre. Nicht alle Junge müssen über einen Masterabschluss verfügen, um einer Arbeit gerecht zu werden.

Wir fordern:

- Die Berufserfahrung von jungen Menschen muss von der Wirtschaft besser anerkannt werden. Entsprechend soll das Gehalt nicht einfach am Alter gemessen werden, sondern an der Leistung.
- Es sind bessere Rahmenbedingungen seitens der Wirtschaft nötig, damit junge und besonders kompetente Personen auch ohne einen entsprechenden (akademischen) Fähigkeitsausweis Aufstiegsmöglichkeiten erhalten.
- Fokus auf praktische Tätigkeit:
 - Die Berufslehre darf nicht gegen die akademische Ausbildung ausgespielt werden.
 - Vermittlung von Softskills und wirtschaftlicher Zusammenhänge.
 - Förderung handwerklicher Lehren.
- Die Wirtschaft soll hinsichtlich schulischer Leistungen in die Pflicht genommen werden und insbesondere schwächeren Schülern Perspektiven bieten.
- Eine Steuersenkung, administrative Erleichterung oder andere finanzielle Anreize für Firmen, die Lernende ausbilden.



Schweizer Hochschulbildung, Bildungs- und Wirtschaftsstandorte

Die Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten ermöglichen einen konkurrenzfähigen Hochschulplatz.

Wir fordern:

- Bessere Rahmenbedingungen für Praktika seitens der Schweizer Wirtschaft. In jungen Leuten muss nicht nur eine billige Arbeitskraft gesehen werden, sondern eine Möglichkeit zur Förderung einer besseren Schweiz. Dies bedingt auch die zusätzliche Schaffung von Praktikumsplätzen mit noch besseren Bedingungen.
- Wir fordern, dass militärischer Dienst, Einsätze im Zivildienst und -schutz als Praktikum, Berufserfahrung und/oder Fachkompetenzen angerechnet werden kann. Zum Beispiel bei Offizieren oder Sanitätern in entsprechenden Studiengängen.
- Bereits in der Sekundarschule müssen die sogenannten MINT-Fächer gefördert werden, damit sich an Schweizer Hochschulen vermehrt technische Berufe und das Ingenieurwesen etablieren können.
- Der Numerus Clausus für Medizinstudenten soll abgeschafft werden. Der Fachkräftemangel kann auf diese Weise effektiv bekämpft werden. Es ist widersprüchlich, aufgrund des Ärztemangels Fachkräfte aus dem Ausland abzuwerben.



Vereinbarkeit Bildung und Familie

Wir beobachten, dass es aufgrund der heutigen Anforderungen der Arbeitswelt immer schwieriger wird, Familie und Beruf auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Wir fordern:

- Die Wirtschaft soll die Vereinbarkeit von Bildung und Familie aktiv fördern. So sollen auch Unternehmen, eigene – oder in Konsortien – Kitas anbieten.
- Der Bund soll freiwillige «Refresher» bzw. Wiedereingliederungskurse an Berufsinformationszentren anbieten. Die Teilnahme liegt in der Selbstverantwortung des Bürgers.
- Unsere heutige Gesellschaft benötigt flexible Arbeitszeiten. Es ist Zeit, dass Arbeitgeber damit beginnen, ihre Unternehmen darauf auszurichten. Die entsprechende Verordnung zum Arbeitsgesetz (ArGV1) ist rasch anzupassen und mit den heutigen Bedürfnissen der Wirtschaft und der Familien in Einklang zu bringen.
- Der Mutterschaftsurlaub soll durch einen Vaterschaftsurlaub ergänzt und so zu einem Elternurlaub umgestaltet werden. Dies entlastet junge Familien in der ersten Zeit nach der Geburt.